

beziehungsw^{weise}

JÄNNER/FEBRUAR 2018

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- | | |
|---|---|
| <p>1 STUDIE Glück und Wohlbefinden in Japan
Der Fall junger Eltern</p> | <p>6 STUDIE Verhaltensökonomie in der Familienpolitik
Schubsen – aber in welche Richtung?</p> |
| <p>5 SERIE Wussten Sie, dass ...
... die Zahl der Einbürgerungen von ausländischen Kindern rückläufig ist?</p> | <p>8 SERVICE publikation: Partnerschaftliche Arbeitszeiten aus Kinder- und Elternsicht
termin: Gemeinsam. Gerecht. Gesund.
termin: Kind in der Stadt</p> |

STUDIE

Glück und Wohlbefinden in Japan

DER FALL JUNGER ELTERN

VON BARBARA HOLTHUS

Happiness ist „in“. Wie in vielen anderen Ländern auch, beobachten wir in Japan seit einigen Jahren ein vermehrtes Streben nach Glück. Erklärungen und Erforschungen von Glück, Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden boomen. Umfragen sind allgegenwärtig wie auch Veröffentlichungen seitens Regierung, Industrie, Wissenschaft und Medien. Glück bzw. Wohlbefinden hat sich mittlerweile neben dem ökonomischen Wohlstand der Gesellschaft als anerkanntes Maß des Erfolgs industrialisierter Länder etabliert.

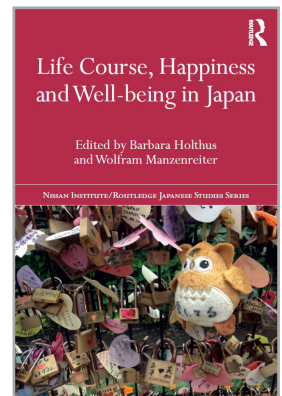
Wie sich das Wohlbefinden von Eltern junger Kinder im Speziellen darstellt, wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert. Die Frage, ob sich die zusätzlichen finanziellen und körperlichen Belastungen der Elternschaft negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirken, oder ob die Freuden der Elternschaft und positive Aspekte wie Sinnstiftung und familiäre Einbettung überwiegen, ist nicht abschließend geklärt und von diversen Einflüssen abhängig.

Familien, Arbeit, und Gesellschaft im Wandel

Seit 1950 ist Japans Geburtenrate nahezu durchgehend im freien Fall, auch wenn dieses Phänomen erst seit Beginn der 1990er Jahre als Problem

wahrgenommen wird. Politische Maßnahmen, mit denen dem Bevölkerungsrückgang gegengesteuert werden soll, haben nur mäßig Erfolg: Seit 2015 schrumpft die japanische Bevölkerung. Japan ist damit Vorreiter für einen demografischen Trend, dem weitere industrialisierte Länder in der nächsten Zeit folgen werden. Gründe für Japans niedrige Geburtenrate sind unter anderem: (a) der stetige Anstieg des Heiratsalters (in Japan ist Elternschaft nahezu ausschließlich mit Eheschließung verbunden); (b) das steigende Bildungsniveau von Frauen und damit verbunden zunehmende Opportunitätskosten (Elternschaft in Japan bedeutet für die Mehrheit der Frauen immer noch einen zumindest temporären Ausstieg aus dem Berufsleben, dem ein eindeutiger Karriereknick folgt); (c) die Zunahme kinderlos bleibender Paare; (d) eine fortschreitende Nuklearisierung junger Familien und die damit erschwerte Kinderbetreuung durch das familiäre Netzwerk.

Ebenfalls von Bedeutung sind die wirtschaftlichen Probleme des Landes der letzten zwei Dekaden, die zu gravierenden Verschiebungen am Arbeitsmarkt geführt haben. Das mittelständische Ideal des lebenslang angestellten Mannes mit einer sich ausschließlich um Haus und Kinder kümmernden



Holthus, Barbara; Manzenreiter, Wolfram (Hrsg.) (2017): Life course, Happiness and Well-being in Japan. London/New York: Routledge.

Ehefrau kann von immer weniger Menschen realisiert werden und wird auch nicht mehr von allen als ultimatives Ziel angesehen. Die damit notwendig gewordene Neuorientierung bringt Verunsicherungen, aber auch Werteverstärkungen mit sich. Eltern in Japan befinden sich also in einer Übergangsphase, in der veränderte Werte auf sich sehr viel langsamer wandelnde Institutionen, Strukturen und soziale Normen treffen. Die Reibung, die dabei entsteht, hat negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden junger Eltern, wie an unseren Daten abzulesen ist.

Repräsentative Studie 2012

Im Jahr 2012 habe ich in Japan eine repräsentative Umfrage zum elterlichen Wohlbefinden durchgeführt (Japan Parental Well-Being Survey, kurz JPWS). Der Fragebogen lehnt sich an die von der Ravensburger Stiftung geförderte Umfrage über das elterliche Wohlbefinden in Deutschland an (Bertram/Spiess 2011). Die Auswertung erfolgte mit DFG-Finanzierung für das Projekt „Elterliches Wohlbefinden im Vergleich Deutschland - Japan“ (in Kooperation mit emerit. Prof. Dr. Hans Bertram, HU Berlin).

In Japan wurden ca. 2.000 Väter und Mütter aus nicht-identischen Haushalten mit mindestens einem Kind im Alter zwischen 0 und 6 Jahren zu ihrer Lebenszufriedenheit im Allgemeinen und in sieben Teilbereichen befragt: Zufriedenheit mit der ökonomischen Situation, dem sozialen Netzwerk, der eigenen Bildung und den Bildungsaspirationen für die eigenen Kinder, dem partnerschaftlichen Wohlbefinden, dem psychischen und physischen Wohlbefinden, der Zufriedenheit mit der Berufstätigkeit sowie der Zufriedenheit mit der Familienpolitik (Holthus et al. 2015).

The classics: Einkommen, Ehestand, Bildung, Berufstätigkeit

Einkommen, Bildung und Ehestand zeigen einen sehr starken Einfluss auf das subjektive Wohlbefinden junger Eltern in Japan. Ungeachtet des Geschlechts heben Ehe, Höhe von Bildung und Einkommen das Wohlbefinden signifikant. Das Beschäftigungsverhältnis jedoch ist nur für Väter von Bedeutung. Je höher deren Stellung im Erwerbsleben ist, desto zufriedener sind sie mit ihrem Leben insgesamt. Eine steigende Zahl von Kindern hat einen negativen Einfluss auf das Wohlbefinden der japanischen Mütter, wohingegen das väterliche Wohlbefinden weniger von der Anzahl ihrer Kinder beeinflusst ist.

Die Dreifachkatastrophe von 2011

16.000 Menschen fielen dem Erdbeben vom 11. März 2011 und dem darauf folgenden Tsunami zum Opfer; eine sehr viel höhere Zahl von Menschen betraf

und betrifft jedoch der hohe Ausstoß an Radioaktivität nach der Atomkatastrophe des Kraftwerks Fukushima Daiichi. Japanweit haben sich seitdem viele Elternnetzwerke zusammengeschlossen, um z.B. mit lokalen Petitionen ihre Kinder besser vor Radioaktivität schützen zu können (Holdgrün/Holthus 2015). Auch wenn Ängste um Lebensmittelsicherheit und Umweltbelastungen durch Radioaktivität regional unterschiedlich gewichtet sind, so zeigt sich aber durchgehend ein insgesamt starker Geschlechterunterschied in unserer Studie: Japanweit sind Mütter sehr viel besorgter ob dieser Gefahren als Väter (Holthus 2013). Ihnen obliegt normativ die Umsetzung und die Gesundheit von Kindern und Familie.

Partnerschaftliche Rollenteilung

Der Fortbestand einer „traditionellen“ Aufteilung häuslicher Arbeit in den japanischen Familien belegt die hier vorgestellte Studie. Die meisten Haushaltstätigkeiten werden überwiegend von Müttern allein erledigt, insbesondere Tätigkeiten, die täglich oder mehrmals wöchentlich ausgeführt werden müssen wie Kochen, Einkaufen oder Wäschewaschen. Japanische Väter übernehmen vorwiegend nur Reparaturen im Haushalt. Tätigkeiten, die in den Bereich der Kindererziehung oder Kleinkindbetreuung fallen, sind etwas weniger traditionell verteilt. Dennoch sind es üblicherweise Frauen, die das Gros leisten: ob es darum geht, mit den Kindern den Haushalt zusammen zu machen, ihnen vorzulesen, oder sie beim Lernen und Spielen zu beaufsichtigen. Tätigkeiten, die außerhalb des Hauses stattfinden, werden allerdings tendenziell von beiden Eltern gemeinsam bzw. als Familie durchgeführt, ebenso auch das gemeinsame Fernsehen. Nur Videospiele gemeinsam mit den Kindern übernehmen zu größeren Teilen die japanischen Väter.

Zufriedenheit mit der Partnerschaft

Mütter geben mit 6,27 Punkten (auf einer Skala von 0 bis 10) an, weitaus weniger zufrieden mit ihrer Partnerschaft zu sein als Väter (7,16 Punkte). In Übereinstimmung mit der internationalen Literatur sehen wir einen Teil der Erklärung in der immer noch stark ausgeprägten Trennung männlicher und weiblicher Lebenswege und der damit verbundenen Rollenteilung. Tatsächlich wirken sich die beschriebenen Ungleichheiten in der Aufteilung von Hausarbeiten und Kinderbetreuung negativ auf die partnerschaftliche Zufriedenheit japanischer Mütter aus. Bei Müttern in Deutschland lässt sich dieser Effekt nicht finden, was die Relevanz dieses Themas für die Beziehung japanischer Eltern unterstreicht.

Eine Besonderheit dieser Studie ist, dass wir Eltern neben dem Status quo in der Hausarbeit auch nach ihrer Meinung zu einer idealen Verteilung gefragt

haben. Die Diskrepanz zwischen Realität und Ideal der Haushaltsaufteilung wurde somit als alternative Messgröße für Unzufriedenheiten in der häuslichen Arbeitsteilung herangezogen. Zwar spielt die Haushaltsaufteilung für Väter im Vergleich zu Müttern eine untergeordnete Rolle in ihrer Einschätzung der Beziehung. Dennoch lässt sich unter Verwendung dieses Maßstabes eindeutig feststellen, dass Väter weniger zufrieden mit ihrer Partnerschaft sind, je stärker sie – im Vergleich zu ihrem Idealzustand – in Hausarbeit involviert sind. Demgegenüber steht der Umstand, dass beinahe die Hälfte der japanischen Väter angibt, zu wenig zum Haushalt beizutragen. Knappe 40 Prozent meinen, zu wenig Zeit mit den Kindern zu verbringen. Damit sind japanische Väter strenger mit sich selbst, als es etwa die deutschen Väter sind. Daran ist abzulesen, dass sich Väter in Japan der Ungleichheit im Haushalt bewusst sind und bereit sind, mehr zu tun – dass dieser Mehraufwand aber seine Grenzen hat.

Insgesamt ist die Tatsache, dass Männer in Bezug auf die Rollenteilung tendenziell traditioneller eingestellt sind als Frauen, ein weiterer Teil der Erklärung, warum Mütter weniger glücklich in ihrer Partnerschaft sind. Diese Einstellungsunterschiede werden auch von den persönlichen Werten reflektiert. So ist es für Väter wichtiger als für Mütter, etwas für sich selbst zu erreichen und erfolgreich im Beruf zu sein. Auch in ihrer Einschätzung, welche Bedeutung der Ehe zukommt, sind Väter in Japan traditioneller eingestellt als Mütter, und der Aussage, dass auch Einzelpersonen Kinder ebenso gut erziehen können wie Paare, stimmen weniger Väter als Mütter zu. Befragt nach diversen Erziehungsidealen legen japanische Mütter mehr Bedeutung auf die Qualität der Zeit, die sie mit ihren Kindern verbringen, wohingegen Väter eher in quantitativen Kategorien denken.

(Un-)Zufriedenheit mit der Familienpolitik

Japans familienpolitische Reformen sind vorrangig ökonomisch motiviert und dem Kampf gegen die niedrige Geburtenrate geschuldet. Hinter dem Versuch, Frauen stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren und die Work-Life-Balance der Bevölkerung zu verbessern, steht weniger ein allgemein gefasster Gleichstellungsgedanke als vielmehr Japans extrem restriktive Einwanderungspolitik und das Bemühen, den herrschenden Mangel an Arbeitskräften mit weiblicher anstatt mit migrantischer Arbeitskraft zu kompensieren. Da Kindertagesstätten eine essenzielle Voraussetzung sind, um junge Mütter nach der Geburt wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können, sind sie deshalb auch einer der bedeutendsten Bestandteile der japanischen Familienpolitik.

In Forschung und Politik wird der Erfolg von Familienpolitik oft mit einem Anstieg der Geburtenrate

gemessen. Da Japan trotz diverser Maßnahmen eine sinkende Zahl Neugeborener zu verzeichnen hat, muss man fragen, ob die Bedürfnisse der Eltern tatsächlich mit dieser Familienpolitik erreicht werden. Aus diesem Grund fragen wir in der JPWS-Studie, wie zufrieden japanische Eltern mit der Familienpolitik in ihrem Land sind. Konkret wurde die Zufriedenheit mit der Familienpolitik nicht allgemein abgefragt, sondern unterteilt nach den drei großen Säulen der Familienpolitik: Zeit-, Geld-, und Infrastrukturpolitik. Die Fragen lauteten: „Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Bereichen Ihres Lebens: (a) finanzielle Unterstützung durch den Staat (z.B. Kindergeld), (b) Bereitstellung institutioneller Unterstützung bei der Kindererziehung (Kindertagesstätten), (c) angepasste Arbeitszeiten für Eltern.“

Von den insgesamt 14 in dieser Studie abgefragten Teilbereichen gehören diese drei familienpolitischen Aspekte zu denen, mit welchen japanische Eltern am wenigsten zufrieden sind. In der durchschnittlichen Einschätzung der Eltern ist hierbei für den Bereich der monetären wie auch der infrastrukturellen Familienpolitik kaum ein Geschlechterunterschied festzustellen. In Bezug auf den Bereich der Zeitpolitik ist die Zufriedenheit der Mütter (3,78) signifikant niedriger als die der Väter (4,24). Insgesamt ist dies der niedrigste Zufriedenheitswert für Mütter überhaupt und zeugt von ihrer weiterhin schwierigen Situation, Kind und Beruf zufriedenstellend zu vereinbaren. Somit erweist sich die japanische Zeitpolitik als noch stark verbesserungswürdig.

Kindertagesstätten in Japan

In den letzten zehn Jahren haben im japanischen System institutioneller Kinderbetreuung einige Veränderungen stattgefunden: Unter anderem wurden neue „Mischformen“ (kodomo-en) gegründet. Vor allem der Ausbau von privaten, marktorientierten Kitas, teilfinanziert durch staatliche Subventionen, wird von der Regierung vorangetrieben, auch wenn das Ideal für japanische Eltern die öffentlichen Einrichtungen des Staats sind. Während Japans asiatische Nachbarn gerade auf außerinstitutionelle Kinderbetreuungsformen wie Kindermädchen, die oft mit im Haushalt der Familie wohnen, zurückgreifen, gibt es diese so gut wie gar nicht in Japan (Ochiai/Molony 2008). Auch Tagesmütter, Babysitter*innen oder die Mithilfe von Nachbar*innen und Freund*innen sind nicht sehr beliebt und werden verhältnismäßig wenig genutzt.

Die Bedeutung verschiedener familienpolitischer Maßnahmen für Eltern

Die Eltern wurden detailliert nach ihrer Bewertung einzelner familienpolitischer Maßnahmen befragt. So sehen Eltern in Bezug auf die Kosten für die Betreuung des Kindes in Kitas den größten

Literatur

- Bertram, Hans; Spiess, Katharina (Hrsg.) (2011): *Fragt die Eltern! Ravensburger Elternsurvey. Elterliches Wohlbefinden in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.*
- Holdgrün, Phoebe; Holthus, Barbara (2015): *Mothers against radiation: Issues of gender and advocacy.* In: Mullins, Mark/Nakano, Koichi (Hrsg.): *Disasters and social crisis in contemporary Japan: Political, religious, and cultural responses.* London: Palgrave Macmillan, S. 238-266.
- Holthus, Barbara (2013): *Kindliches Wohlbefinden in Japan. Elterliche Sorgen und Ängste seit der Dreifachkatastrophe vom 11. März 2011.* In: Bertram, Hans (Hrsg.): *Reiche, kluge, glückliche Kinder? Der UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland.* Weinheim: Beltz Juventa, S. 257-276.
- Holthus, Barbara; Huber, Matthias; Tanaka, Hiromi (2015): *Parental well-being in Japan.* München: Iudicium (DIJ Miscellanea Nr. 19).
- Holthus, Barbara; Huber, Matthias; Tanaka, Hiromi (2015): *Parental well-being in Japan.* (Miscellanea 19) Tokyo: Deutsches Institut für Japanstudien. <https://scholar.univie.ac.at/view/o:407520> (Zugriff: 07.12.2017)
- Holthus, Barbara; Manzenreiter, Wolfram (Hg.) (2017): *Life course, Happiness and Well-being in Japan.* London/New York: Routledge.
- MHLW (Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales, Japan) (2016): *‘Hoi-kusho nado kanren jōkyō torimatome (Heisei 28 nen 4 gatsu 1 tachi)’ o kōyō shimasu [Bekanntgabe: Bericht über die Lage der Kinderkrippen].* http://www.mhlw.go.jp/file/04-Houdouhappyou-11907000-Koyoukintoujidoukateikyoku-Hoi-kuka/0000098603_2.pdf, (Zugriff: 16.10.2017).
- Ochiai, Emiko/Molony, Barbara (Hrsg.) (2008): *Asia's new mothers. Crafting gender roles and childcare networks in East and Southeast Asian societies.* Folkestone: Global Oriental.

Handlungsbedarf der Familienpolitik. Mit der Qualität der Einrichtungen sind die Eltern vergleichsweise zufrieden, vor allem in öffentlichen Kindertagesstätten. Seit der Umfrage sind allerdings in der Öffentlichkeit von den Betroffenen (in diesem Fall Eltern und Betreuende) Qualitätsbedenken lauter geworden, vor allem, da die Regierung einen ganz deutlichen Fokus auf den quantitativen Ausbau legt und qualitative Richtlinien gelockert hat.

In Bezug auf finanzielle Hilfen im Rahmen der Familienpolitik erachten es Eltern als wichtiger, Kindergeldzahlungen an das Haushaltseinkommen abzustimmen als etwa an Alter oder Anzahl der Kinder. Generell halten Eltern es allerdings für wesentlicher, dass auch Arbeitgeber finanzielle Vorteile für Familien mit Kindern schaffen und dass es für Eltern Steuernachlässe gibt. Im Herbst 2017 wurde in der japanischen Politik und Öffentlichkeit unter dem Label der „Gratisbildung“ auch ein vollständig kostenloser Kitabesuch angedacht anstelle der zurzeit existenten einkommensabhängigen Beitragsskala.

Des Weiteren wünschen sich Eltern eine bessere Anpassung der Arbeitszeiten an die Anforderung des Elternlebens. Diesbezüglich wird es als besonders wichtig erachtet, dass Arbeitgeber es ihren Angestellten ermöglichen, flexibel auf Notfälle (wie Krankheit des Kindes) zu reagieren und dass sich Angestellte spontan freinehmen können. Ähnlich wichtig ist japanischen Eltern die Möglichkeit, frei zwischen Flexitime oder verkürzter Arbeitszeit wählen zu können. Die Möglichkeiten für Gleitzeit, Zeitausgleich und verkürzte Arbeitszeitmodelle sind in Japan auch im Jahr 2017 noch immer sehr begrenzt bzw. werden aufgrund sich schwer wandelnder Arbeitsplatznormen wenig genutzt.

Regionale Unterschiede des Wohlbefindens

Das Projekt untersuchte ebenso die regionale Diversität der Gruppe der Eltern junger Kinder über Klassen-, Alters- und Geschlechtsunterschiede hinweg. In einer aktuellen Analyse hierzu unterteilen wir unsere Daten in fünf Urbanisierungsgrade. Es zeigt sich, dass sich demografische und sozio-ökonomische Attribute von Eltern mit jungen Kindern entlang dieses Stadt-Land-Kontinuums signifikant unterscheiden. Dementsprechend kann ihre Zufriedenheit mit der Familienpolitik oder anderen Bereichen ihres Lebens nicht über einen Kamm geschoren werden. Bildungsgrad, Haushaltseinkommen, und der Anteil der Vollzeitbeschäftigten nehmen linear vom Ländlichen ins Städtische zu. Regionale Unterschiede finden sich aber auch in den Werten der Eltern: Väter auf dem Land haben signifikant weniger traditionelle Familienwerte als in der Stadt.

In eher ländlichen Räumen bewerten Eltern die Familienpolitik günstiger als in eher städtischen Regionen. Gerade im Infrastrukturbereich, wie zum Beispiel die Verfügbarkeit von Kindertagesplätzen, ist die Situation in kleineren Städten und auf dem Land besser als in den Großstädten Japans, wo es durch Engpässe weitaus öfter zu Wartezeiten für einen Platz in einer öffentlichen Einrichtung kommt. Die Zufriedenheit mit der Familienpolitik hat einen hohen positiven Effekt gerade auf das allgemeine Wohlbefinden von Müttern und Vätern im Ländlichen, und hier vor allem in kleineren Ortschaften – trotz der vergleichsweise schlechten wirtschaftlichen Lage.

Wie genau sich aber das Leben von jungen Eltern auf dem japanischen Land gestaltet, welche Bedürfnisse sie haben, wie genau ihre Lebenssituationen und Beschäftigungsverhältnisse, aber auch ihre Wertvorstellungen damit zusammenhängen – all diesen Fragen soll nun in weiteren Forschungsprojekten nachgegangen werden. Die quantitativen Daten bedarf es nun mit qualitativen Feldstudien zu komplementieren. Dies geschieht in Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Schwerpunkt der Abteilung für Japanologie des Instituts für Ostasienwissenschaften der Universität Wien.

Will Japan eine Lösung für den fortschreitenden Mauerbau zwischen Land und Stadt erreichen (wie sie der Deutsche Bundespräsident Steinmeier in seiner Rede am Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2017 gefordert hat), so sind regionale und individuellere Lösungen die einzige Möglichkeit. Gerade junge Menschen, die die neue Generation heranziehen, sind für ein gesundes Sozialleben vonnöten und bewahren periphere, eventuell bereits von Strukturschwäche betroffene Ortschaften vor dem potenziellen Aussterben. Es sollte also der Politik stark daran gelegen sein, besser zu verstehen, wie es diesen jungen Eltern geht und wie ihr Wohlbefinden von der Region, in der sie leben, beeinflusst wird. Dann kann man auch dem Wegzug gerade dieser Kohorte entgegenwirken. ■

Info

Kontakt:
barbara.holthus@univie.ac.at

Zur Autorin:
Dr. Dr. Barbara Holthus ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ostasienwissenschaften, Abteilung Japanologie an der Universität Wien. Sie promovierte im Fach Japanologie an der Universität Trier sowie im Fach Soziologie an der University of Hawaii at Mānoa. Holthus forscht zu japanischen Partner- und Familienbeziehungen und leitet am Institut zusammen mit Prof. Dr. W. Manzenreiter eine Forschergruppe zum subjektiven Wohlbefinden in Japan. Der Text entstand in Zusammenarbeit mit Peter Fankhauser, MA (Projektmitarbeiter).

Wussten Sie, dass ...

... DIE ZAHL DER EINBÜRGERUNGEN VON AUSLÄNDISCHEN KINDERN RÜCKLÄUFIG IST?

VON EWALD FILLER

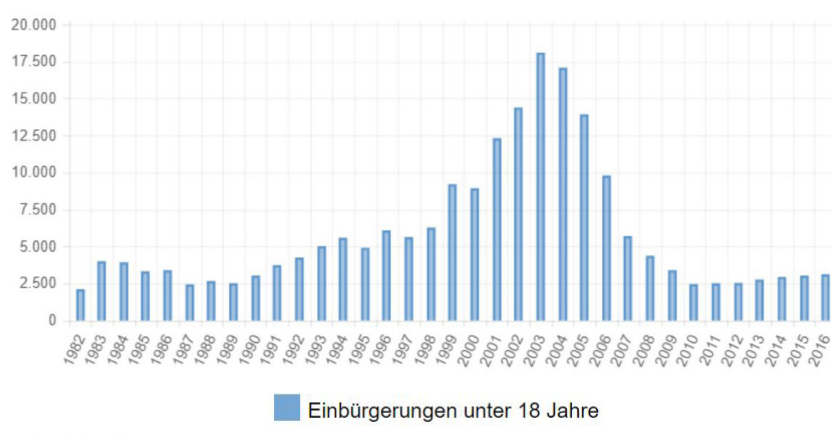
Wie in der Kinderrechtskonvention festgehalten, wird jedem Kind das Recht zugesprochen, eine Staatsbürgerschaft zu erwerben. Die Staatsbürgerschaft kann auf verschiedene Weise erworben werden. Der einfachste Weg ist „richtig“ geboren zu werden: Die Voraussetzungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind im Staatsbürgerschaftsgesetz (StbG) 1985 normiert. In Österreich gilt das „Abstammungsprinzip“ (ius sanguinis). Ein in Österreich geborenes Kind erhält damit bei der Geburt die österreichische Staatsbürgerschaft, wenn zumindest ein Elternteil österreichischer Staatsbürger ist.

Ein weiterer Weg ist der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung – auch als Naturalisierung bezeichnet; darunter wird der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Verleihung seitens der zuständigen Behörde verstanden.

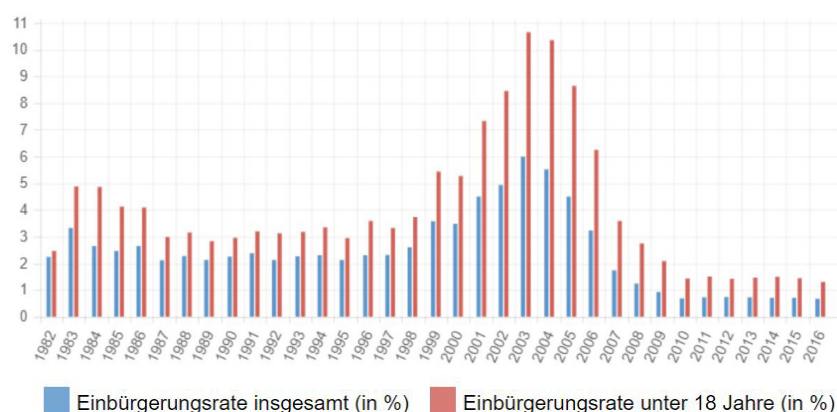
Man unterscheidet drei prinzipielle Rechtsgründe: a) den Anspruch auf Verleihung; b) die Ermessenseinbürgerung und c) die Erstreckung der Verleihung (auf Ehegatten und minderjährige Kinder). Da Kinder i.d.R. mit ihren Eltern eingebürgert werden, stellt die Erstreckung der Staatsbürgerschaft bei Minderjährigen mit etwa drei Viertel die weitaus häufigste Form des Staatsbürgerschaftserwerbs dar. Gut ein Viertel der Einbürgerungen unter 18-Jähriger gründet sich auf einen Rechtsanspruch und ca. 1 % auf Ermessen (Betrachtungszeitraum: 2007 –2016). Die Einbürgerungen erreichten im Jahr 2003 einen Höhepunkt, als fast 45.000 oder 6 % aller damals in Österreich lebenden Ausländer*innen die Staatsbürgerschaft erwarben. Von der unter 18-jährigen ausländischen Bevölkerung wurden über 18.000 Personen eingebürgert, womit die Jahres-Einbürgerungsrate für diese Gruppe 10,7 % erreichte. Hauptgründe für diesen Spitzenwert und die hohen Werte der umliegenden Jahre waren eine Änderung des Erbrechts in der Türkei sowie das Erreichen einer qualifizierten Aufenthaltsdauer bei vielen Angehörigen der Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens. Diese Gründe schwächten sich in den Folgejahren ab. Seit 2010 bewegte sich die allgemeine Einbürgerungsrate auf niedrigem Niveau ziemlich konstant um 0,7 % und die der Minderjährigen um 1,4 %. Da die Anzahl der nichtösterreichischen Kinder und Jugendlichen ständig zunahm, kam es gleichwohl zum Anstieg der Anzahl eingebürgerter Minderjähriger von 2.463 (2010) auf 3.141 (2016).

Für einen Einblick in die Struktur der in Österreich eingebürgerten Kinder und Jugendlichen werden im

Anzahl der Einbürgerungen unter 18 Jahre



Einbürgerungsrate



Quelle: Statistik Austria der Einbürgerung, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerung/index.html

Folgenden Daten des Jahres 2012 referiert. Die Einbürgerungsrate von 1,4 % unterschied sich nicht nach dem Geschlecht, wohl aber nach dem Alter: Von den unter 10-jährigen ausländischen Kindern erhielten 1,2 % die Staatsbürgerschaft, von den 10- bis 13-jährigen 1,5 % und von den 14- bis 17-jährigen Jugendlichen 1,8 %. Die Einbürgerungsrate betrug bei türkischen Kindern und Jugendlichen 2,2 %, bei Minderjährigen aus Ex-Jugoslawien 1,9 % und bei solchen aus dem Rest der Welt 0,9 %. Es überrascht nicht, dass die große Mehrheit von 75,6 % der im Jahr 2012 eingebürgerten Kinder und Jugendlichen bereits in Österreich geboren war; dieser Anteil betrug bei den unter 10-Jährigen 92,5 %, bei den 10- bis 13-Jährigen 62 % und bei den 14- bis 17-Jährigen noch immer mehr als die Hälfte (55 %). Mit anderen Worten waren nur 24,4 % aller eingebürgerten Kinder und Jugendlichen im Ausland geboren, also eingewandert. ■

Info

Kontakt:
ewald.filler@bmfj.gv.at

Zum Autor:
Dr. Ewald Filler, Bundesministerium für Familien und Jugend; Kinder- und Jugendanwalt des Bundes.

Verhaltensökonomie in der Familienpolitik

Schubsen – aber in welche Richtung?

VON CHRISTIANE RILLE-PFEIFFER

Die ÖIF-Veranstaltungsreihe Familie 3.0 vom 5. Oktober 2017 beschäftigte sich mit der Frage, inwieweit das Verhalten von Eltern durch Familienpolitik gesteuert werden kann. Das Impulsreferat hielt der Verhaltensökonom Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher, Direktor des Instituts für Höhere Studien (IHS) in Wien. Der folgende Artikel nimmt Bezug auf diese Veranstaltung und beleuchtet die Rolle der Verhaltensökonomie als Instrument (familien-)politischen Handelns.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Selbstregulation und staatlicher Steuerung ist eine Grundthematik politischen Handelns. Wie Politikwissenschaft und Soziologie seit den 1980-er Jahren konstatieren, „steuert jeder Staat und zu allen Zeiten“ (vgl. Ellwein 1987: 200). Diese Feststellung beruht auf einem Steuerungsverständnis, das sich primär auf die Auswirkungen bezieht, die mit politischen Maßnahmen erzielt werden können. Im Gegensatz dazu steht der auf den griechischen Philosophen Platon¹ zurückgehende und in der jüngeren Diskussion stark in Frage gestellte, klassische Steuerungs-begriff: Die Staatsführung als souveräne Lenkerin der Staatsgeschäfte hat die Entscheidungsmacht und führt den Staat mit geeigneten Mitteln in die als am besten angenommene Richtung (Göhler 2010). In modernen Staaten entwickelte sich neben dieser direkten Form hierarchischer Steuerung (nach dem Muster von Befehl und Gehorsam) eine Bandbreite an neuen, „weicheren“ Steuerungsmechanismen, wie sie auch von der Verhaltensökonomie postuliert werden.

Als relativ junger Forschungszweig der Wirtschaftswissenschaften greift die Verhaltensökonomie vor allem zentrale Erkenntnisse über menschliches Handeln und Entscheiden aus der Psychologie auf. Theoretischer Ausgangspunkt ist die Frage, wie Menschen Entscheidungen treffen, welche Fehler sie dabei machen und inwieweit sie vom Bild des Homo oeconomicus abweichen. Im Gegensatz zu den traditionellen Wirtschaftswissenschaften geht die Verhaltensökonomie nämlich nicht davon aus, dass der Mensch in seinem Entscheidungsverhalten rational handelt und stets seinen eigenen Nutzen maximiert. Vielmehr handeln und entscheiden Menschen im Sinne der Verhaltensökonomie irrational, machen systematisch Fehler, sind

altruistisch und folgen Normen. Oder anders ausgedrückt: Menschen entscheiden mit Kopf und Bauch.

Als Beispiel für eine fehlerhafte Einschätzung sehen Verhaltensökonominnen die Tendenz, dass Menschen bei langfristigen Entscheidungen häufig die kurzfristigen Kosten überschätzen und beispielsweise zu wenig für die Pension ansparen oder zu wenig in ihre Gesundheit investieren. Die verhaltensorientierte Wirtschaftsforschung setzt hier an und versucht, Anreize zu entwickeln, damit Menschen bessere Entscheidungen für sich, aber auch für die Allgemeinheit treffen.



Schubsen – aber in welche Richtung?

Diese Anreize erfolgen nicht über eine direkte Bevormundung des Einzelnen durch den Staat, sondern über sanften Druck, mit dem der Staat die Menschen in die richtige Richtung leitet, ihnen jedoch gleichzeitig die Möglichkeit lässt, sich anders zu entscheiden. Dieses Konzept wird in der verhaltensökonomischen Terminologie mit dem Begriff des Nudging („Anschubsen“) gefasst: Durch positive Anregung soll das Verhalten von Menschen auf vorhersagbare Weise gelenkt werden – und zwar ohne dabei auf Verbote und Gebote zurückgreifen zu müssen. Indirekte Anreize könnten etwa helfen, die Steuermoral zu verbessern, achtlos weggeworfenen Müll auf den Straßen zu reduzieren, den Energieverbrauch zu reduzieren oder Anregungen

¹ Platon beschreibt seine Vorstellungen, wie ein Staat idealerweise zu steuern ist, in seinem Werk Politeia. Er greift dabei auf das Gleichnis vom Steuermann und seinem Schiff zurück, wonach die Lenkung des Schiffes nicht allen Matrosen überlassen werden sollte, sondern idealerweise in den Händen eines einzigen Mannes zu liegen habe. Dieser müsse über das notwendige Wissen und die nötige Weitsicht verfügen, um das Schiff in die richtige Richtung zu steuern. Platons Haupteinwand gegen die Demokratie ist, dass die Masse der Bevölkerung nicht in der Lage ist, sich das zur Staatsführung notwendige Wissen anzuzeigen.

für einen gesünderen Lebensstil zu liefern. Ein weiteres Beispiel für Instrumente, die in der Verhaltensökonomie zum Einsatz kommen, ist die Schaffung von Verbindlichkeiten (commitment devices). Selbst auferlegte Regeln oder ein symbolischer Akt erleichtern Individuen, getroffene Vereinbarungen einzuhalten – oder wie es die Verhaltensökonomie sehr anschaulich beschreibt: Durch Selbstbindung soll das gegenwärtige Ich dem zukünftigen Ich unter die Arme greifen.²

Aber auch VerhaltensökonomInnen können oftmals nicht präzise vorhersagen, wie sich Personen oder Personengruppen in gewissen Situationen verhalten werden. Systematische Experimente als zentrale methodische Herangehensweise sollen einen diesbezüglichen Erkenntnisgewinn bringen. Vor allem in Bezug auf politisches Handeln wird auf die Wichtigkeit eines sogenannten Impact Assessment – also die Abschätzung möglicher Auswirkungen – hingewiesen, um zu verstehen, wie sich staatliche Eingriffe auf die jeweiligen Adressaten auswirken.

Wenngleich die Verhaltensökonomie noch nicht systematisch auf familienpolitische Fragen angewandt wird, erhofft sich die Wissenschaft gerade in diesem Politikbereich neue Lösungsansätze. In Familien werden in der Regel andere Entscheidungen getroffen, als sie Individuen alleine treffen würden, wobei diese Entscheidungen von einer Vielzahl an Faktoren beeinflusst werden (z.B. Identität, Geschlechtsrollen, soziale Normen etc.). Das Entscheidungsverhalten in Familien ist oftmals nicht im klassischen Sinne rational und daher zum Teil deutlich anders als dies seitens der Politik angenommen wird. Dies kann dazu führen, dass falsche Anreizsysteme entwickelt werden und politische Maßnahmen unerwünschte Effekte zeitigen. Indem die Verhaltensökonomie die Entscheidungsunzulänglichkeiten der Individuen systematisch berücksichtigt und verstärkt auf einen motivierenden statt regulierenden Staat setzt, kann Familienpolitik effektiver und zielgerichteter gestaltet werden.

Versuche, verhaltensökonomische Methoden in der österreichischen Familienpolitik zur Anwendung zu bringen, sind relativ neu und adressieren vor allem die Aspekte der Steigerung der Väterkarenz und der Familienfreundlichkeit in Unternehmen sowie die Förderung eines besseren beruflichen Wiedereinstiegs nach der Karenz. Instrumente, die in diesem Kontext von VerhaltensökonomInnen vorgeschlagen werden, sind beispielsweise: Anreize für Arbeitgeber und Selbst-Verpflichtung von Unternehmen zu familienfreundlicher Politik; Anreize für Väter (z.B. was vermissen Väter am meisten, wenn sie die Väterkarenz nicht in Anspruch genommen haben?); frühzeitige Information

und Kommunikation (z.B. über Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Teilung von Betreuungspflichten, Wiedereinstieg ins Berufsleben frühzeitig fixieren).

VerhaltensökonomInnen sind davon überzeugt, dass sich in der Familienpolitik ein gutes Anwendungsgebiet für die beschriebenen, indirekten Steuerungsmechanismen bietet. Doch gibt es auch kritische Stimmen, die eine verhaltensökonomische Ausrichtung von Familienpolitik für problematisch erachten. Als zentraler Kritikpunkt ist die Einschätzung anzuführen, dass die Verhaltensökonomie eine sanftere Variante des Paternalismus sei – also eine Bevormundung der Individuen im väterlich wohlwollenden Sinne. Die Annahme, dass Menschen irrational handeln und vor den Folgen ihrer eigenen Unvernunft geschützt werden müssen, mache die Verhaltensökonomie für die Politik besonders interessant und legitimiere eine starke Einflussnahme durch den Staat. Vor allem problematisch ist aus Sicht der Skeptiker*innen aber auch, dass durch verhaltensökonomische Instrumente festgelegt wird, was als „richtig“ zu gelten hat. Gerade im Bereich der Familienpolitik gibt es jedoch nur selten vorgefertigte Lösungen für alle Lebenssituationen, sodass die Prämisse der bedingten Wahlfreiheit auch weiterhin als wesentlicher Ankerpunkt familienpolitischen Handelns bestehen sollte. ■

Kontakt: christiane.rille-pfeiffer@oif.ac.at

Dr. Christiane Rille-Pfeiffer ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am ÖIF.

Literatur

Ellwein, Thomas (1987): Politische Praxis: Beiträge zur Gestaltung des politischen und sozialen Wandels. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Göhler, Gerhard (2010): Neue Perspektiven politischer Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 2010, Nr. 2–3, S. 34–40.

² Dieses Zitat stammt von dem amerikanischen Ökonomen Steven Levitt.



Partnerschaftliche Arbeitszeiten aus Kinder- und Elternsicht Wie es den Eltern geht und was sie brauchen

Im Zentrum dieses Projekts stand die Frage, wie eine partnerschaftliche Vereinbarkeit mit annähernd gleich viel Zeit für Familie und Beruf insbesondere von Kindern erlebt wird. Mit finanzieller Unterstützung des Deutschen Bundesfamilienministeriums ging das Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) dieser Frage nach und führte deutschlandweit leitfadengestützte, problemzentrierte Interviews mit 43 Kindern im Alter zwischen sechs und 14 Jahren sowie deren Eltern durch.

Publikation: Bundesministerium für Familie; Senioren; Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Partnerschaftliche Arbeitszeiten aus Kinder- und Elternsicht. Kurzbericht zum Projekt „Zeit für Familie und Beruf – wie Kinder und Eltern partnerschaftliche Arbeitszeitkonstellationen erleben“ (2016–2017). Berlin (Monitor Familienforschung, 37). Download: www.bmfsfj.de



Gemeinsam. Gerecht. Gesund. 23. Kongress Armut und Gesundheit 2018 in Berlin

Im Fokus des größten in Deutschland stattfindenden Public Health-Kongresses steht 2018 der sogenannte Health in All Policies-Ansatz (HiAP), wonach Regierungen aufgefordert sind, den Themen Gesundheit und gesundheitliche Chancengleichheit Priorität im politischen Handeln einzuräumen. Primäres Ziel ist die Berücksichtigung gesundheitlicher Konsequenzen bei Entscheidungen in allen Politikfeldern.

Termin: 20.–21. März 2018
Ort: Berlin
Information: www.armut-und-gesundheit.de



Kind in der Stadt 9. Weltkonferenz in Wien

Diese internationale Veranstaltung findet alle zwei Jahre statt und ist eine wichtige Gelegenheit für den interdisziplinären Austausch zwischen Fachkräften, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, und Expert*innen aus der Städteplanung und -entwicklung sowie politischen Entscheidungsträger*innen. Gemeinsames Ziel des gegenseitigen Wissenstransfers ist es, kinderfreundliche Städte zu schaffen. Die Konferenz ist ein gemeinsames Projekt der Child in the City Foundation und des Europäischen Netzwerks kinderfreundlicher Städte (ENCFC).

Termin: 24.–26. September 2018
Ort: Wien
Information: www.childinthecity.org/2018-conference

impressum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) an der Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at/impressum | **Kontakt:** beziehungsweise@oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Redaktion:** Dr. Isabella Hranek, Ursula Hambrusch
Fotos und Abbildungen: Deutsches Institut für Japanstudien (S. 1) | Statistik Austria (S. 5) | pixabay (S. 6)
Bundesministerium für Familie, Armut und Gesundheit, Child in the City Foundation & ENCFC (S. 8)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien und Jugend über die Familie & Beruf Management GmbH sowie der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.
Grundlegende Richtung nach § 25 (4) MedienG:
Diese Zeitschrift informiert über Publikationen, Projekte und Aktivitäten des ÖIF sowie über familienrelevante Themen und Studien auf nationaler und internationaler Ebene in unabhängiger, wissenschaftlicher und interdisziplinärer Form.